

Statement von Oliver Coenenberg

Geschäftsführer und Arbeitsdirektor Sanofi-Aventis Deutschland GmbH
Vorstandsvorsitzender Arbeitgeberverband HessenChemie

Herbstpressegespräch der Chemieverbände Hessen

am 4. November 2021 in der Frankfurter Gesellschaft für Handel, Industrie und
Wissenschaft e.V. in Frankfurt am Main

(Es gilt das gesprochene Wort.)

Sperrfrist: 4. November 2021 – 11:00 Uhr

Sehr geehrte Damen und Herren,

auch ich begrüße Sie herzlich zu unserem heutigen Herbstpressegespräch, das in spannende Zeiten fällt.

Zum einen gilt es weiter, die Herausforderungen der Corona-Pandemie zu bewältigen, zum anderen wissen wir noch nicht, was die Koalitionsverhandlungen von SPD, Bündnis 90 / Grüne und FDP im Ergebnis bringen werden.

Was wir aber heute wissen, ist, dass unsere Industrie mitten in einem **weitreichenden Strukturwandel** steckt. Dieser ist durch mehr Klimaschutz, Kreislaufwirtschaft, EU-Chemikalienpolitik, Digitalisierung und den demografischen Wandel geprägt.

Wenn wir Ihnen heute die **amtlichen Zahlen** sowie Ergebnisse unserer **eigenen Wirtschaftsumfrage** präsentieren, dann müssen wir sehen, dass die Aufholeffekte im Vergleich zum Corona-Krisenjahr 2020 lediglich eine Momentaufnahme darstellen. Die mittel- und langfristige Entwicklung hängt von vielen - zum Teil noch unsicheren - Faktoren ab. Viele Unternehmen richten ihren Fokus bereits konzentriert auf die Gestaltung des Strukturwandels und setzen ihre Ressourcen für die Bewältigung der notwendigen Veränderungen ein.

Die zukünftige Bundesregierung ist deshalb gefordert, jetzt schnell und zielgerichtet die richtigen Rahmenbedingungen zu setzen. Hierauf werden wir im Verlauf unseres heutigen Gesprächs noch eingehen.

Erholung setzt sich fort. Der Weg wird jedoch steiniger!

Erfreulich ist, dass die Chemie- und Pharmaindustrie in Hessen den zum Ende des letzten Jahres eingeschlagenen wirtschaftlichen Erholungsweg im Zuge der Corona-Krise bislang weiter fortsetzen konnte. Allerdings nehmen die **Hindernisse** spürbar zu, etwa durch Lieferengpässe und Verteuerungen bei **Energie, Rohstoffen und auch Logistikkosten**.

Zudem noch eine wichtige Vorbemerkung zur Einordnung: Bei den nachfolgenden - zum Teil zweistelligen - Wachstumsraten vergleichen wir uns mit den Corona-Tiefstständen aus dem Vorjahr!

Der **Gesamtumsatz** lag bis einschließlich August bei **20,2 Milliarden Euro** und damit **14,0 Prozent** über dem Vorjahr. Die Produktion legte um circa **6,9 Prozent** zu, die Verkaufspreise stiegen um **6,2 Prozent**. Die Zuwächse sind, wie bereits angemerkt, von den Erholungseffekten gegenüber dem Corona-Krisenjahr 2020 geprägt und deshalb, insbesondere im Bereich

der klassischen Chemie, noch kein Ausdruck fortgesetzten Wachstums!

Die **Beschäftigung** weist laut amtlicher Statistik bis einschließlich August einen Zuwachs um **2,2 Prozent** aus. Dieser Wert beruht allerdings auf einer statistischen Veränderung im Berichtskreis.

Aufgrund eigener Daten aus unseren Mitgliedsunternehmen gehen wir im bisherigen Jahresverlauf von einer bestenfalls **stabilen Beschäftigtenzahl** aus. Dazu hat auch beigetragen, dass - wo nötig - Kurzarbeit praktiziert wurde. Dieses Instrument hat den Unternehmen geholfen, Arbeitsplätze zu sichern.

Ich gehe nun auf die klassische Chemie und die pharmazeutische Industrie getrennt ein.

Klassische Chemie: Aufholeffekte nach Corona-Krise

Mit rund **11,2 Milliarden Euro** stiegen die **Umsätze** in den klassischen Chemiesparten bis August um **15,3 Prozent** gegenüber dem Vorjahr an. Die **Produktion** legte um rund **6,9 Prozent** zu. Die wieder anziehende Nachfrage, in Kombination mit deutlich gestiegenen Rohstoffkosten, machte sich insbesondere auch bei den Verkaufspreisen für chemische

Erzeugnisse bemerkbar. Diese lagen bis Juli **um 9,7 Prozent** über dem Vorjahr.

Auch in diesen Zuwachsraten stecken zu einem nicht unerheblichen Anteil Aufholeffekte im Vergleich zu den wirtschaftlichen Einbrüchen im vergangenen Corona-Krisenjahr. So ging von Januar bis August **2020** die Produktion **um mehr als 5 Prozent** zurück. Die Umsätze fielen im selben Zeitraum **um knapp 10 Prozent**.

Verglichen mit dem Jahr **2019**, dem letzten Jahr vor der Corona-Krise, hat sich die derzeitige **Produktion** lediglich **um 1,3 Prozent** erhöht, die **Umsätze** um etwas mehr **als 4 Prozent**. Die vordergründig hohen Zuwächse für dieses Jahr werden dadurch also relativiert, vor allem wenn man bedenkt, dass auch bereits das Jahr **2019** von einem konjunkturellen Abschwung in unserer Industrie gekennzeichnet war.

Insbesondere die langfristige Entwicklung zeigt dies deutlich auf. So liegt die **Produktion** in den klassischen Chemiesparten bis einschließlich August gerade einmal auf dem Niveau ihres bisherigen Höchstwerts aus dem Jahre **2015**. Unter diesem Gesichtspunkt hat sich in den letzten Jahren an der konjunkturellen Berg- und Talfahrt der Sparte somit wenig geändert.

Auch Pharmaindustrie legt zu

Werfen wir nun einen Blick auf die pharmazeutische Industrie. Die hessische Pharmaindustrie ist aufgrund ihrer Struktur deutlich weniger konjunkturabhängig als der klassische Chemiebereich. Sie durchlief das letzte Jahr 2020 deutlich stabiler als die klassischen Chemiesparten. Dadurch ist die Entwicklung hier insgesamt weniger von Erholungseffekten beeinflusst.

Die Pharmasparte erreichte **bis August** einen **Gesamtumsatz** von **9 Milliarden Euro** und damit **12,4 Prozent** mehr als im Vorjahreszeitraum. Die **Produktion** konnte sich um circa **6,7 Prozent** ausweiten. Die Verkaufspreise stiegen im Jahresvergleich um **1,5 Prozent**.

Verbandsumfrage: Positive Grundstimmung aber zunehmende Probleme

Die Ergebnisse der amtlichen Statistik decken sich weitgehend mit den Einschätzungen der **aktuellen Konjunkturmfrage** des Arbeitgeberverbandes HessenChemie. Diese haben wir im **Oktober** repräsentativ nach Beschäftigtenzahl und Sparten durchgeführt.

Befragt nach ihrer **aktuellen Geschäftslage** geben **77 Prozent** der Firmen an, diese sei besser als im Krisenjahr **2020**. Kein an der Umfrage beteiligtes Unternehmen sieht sich in einer schlechteren Situation.

In Bezug auf die aktuelle **Ertragslage** geben **59 Prozent** der Firmen an, diese sei besser als im Vorjahr. Lediglich **9 Prozent** der Unternehmen bewerten diese als schlechter.

Die Erwartungen für das nächste Jahr sind im Grundsatz ebenfalls positiv. Knapp **73 Prozent** der Firmen gehen von einem Anstieg ihrer **Produktion** aus. Rund **9 Prozent** erwarten einen Rückgang.

Mit **rund 55 Prozent** geht jedes zweite Unternehmen für das Jahr **2022** von weiter steigenden **Verkaufspreisen** aus. **18 Prozent** erwarten einen Preisrückgang.

Knapp **64 Prozent** der befragten Unternehmen rechnen mit **Umsatzzuwächsen**, während nur rund **9 Prozent** einen Umsatzrückgang erwarten.

Bei den **Erträgen** erwarten **64 Prozent** im nächsten Jahr ein besseres Ergebnis, während **14 Prozent** von rückläufigen Erträgen ausgehen.

Allerdings beobachten wir derzeit, dass sich die Unternehmen **zunehmenden Herausforderungen** ausgesetzt sehen, insbesondere im Kostenbereich. So lag allein der durchschnittliche Preis für **Rohbenzin** (Naphtha), dem wichtigsten Rohstoff der Chemieindustrie, bis einschließlich Juli bei rund **579 US-Dollar je Tonne**. Gegenüber **2020** ist dies bis jetzt ein Anstieg von **rund 62 Prozent**.

Als derzeit **größte Belastungsfaktoren** benennen rund

- **86 Prozent** der Unternehmen den Anstieg der Rohstoffpreise,
- **68 Prozent** die Lieferengpässe bei Vorprodukten,
- **64 Prozent** den steigenden Energiepreis,
- **55 Prozent** Beeinträchtigungen durch Logistikprobleme und
- **46 Prozent** die steigenden Arbeitskosten.

Diese steigenden Kosten können **nur zum Teil** an die Kunden weitergegeben werden, was die Gewinnsituation beeinträchtigt.

Diese Mischung aus einem starken Anstieg der Rohstoff-, Energie- und Materialkosten, von Lieferengpässen und einer mangelnden Verfügbarkeit von Vorprodukten verzögert die wirtschaftliche Erholung bereits jetzt – der Weg nach vorne wird deutlich steiniger.

Dies zeigt sich auch durch die deutliche **Abwärtskorrektur der Wachstumsprognosen für 2021** für die deutsche Gesamtwirtschaft durch die führenden Wirtschaftsforschungsinstitute.

Ausblick: anhaltende Belastungen und gewaltige Aufgaben durch Strukturwandel

Auch für **2022** sehen knapp **86 Prozent** der Unternehmen die verschärfte Situation bei den **Rohstoffpreisen** als größten Belastungsfaktor für das zukünftige Geschäft. Gut **drei Viertel** der Firmen erwarten eine weitere Steigerung der Energiepreise.

Und wiederum knapp **67 Prozent** der Unternehmen gehen davon aus, dass sie auch 2022 noch erheblich von **Lieferengpässen** betroffen sein werden. Diese konjunkturellen Bremsklötze führen dazu, dass sich die wirtschaftliche Erholung in Richtung des Vorkrisenniveaus weiter verzögert.

Aber nicht nur diese Entwicklungen und die Daueraufgabe Corona bewegen unsere Unternehmen. Auch weitreichende **Strukturveränderungen** stehen an. Die Chemie- und Pharmaindustrie kann die tiefgreifenden Umbrüche durch mehr Klimaschutz, Kreislaufwirtschaft, EU-Chemikalienpolitik,

Digitalisierung und eine geänderte Demografie nur erfolgreich bewältigen, wenn Staat, Arbeitgeber und Arbeitnehmer im internationalen Standortwettbewerb an einem Strang ziehen. Voraussetzung für die notwendigen massiven Investitionen sind finanzstarke Unternehmen, die mit wettbewerbsfähigen Energie- und Arbeitskosten ins Rennen gehen können – und natürlich eine Politik der neuen Bundesregierung, die Kräfte der Wirtschaft freisetzt und Deutschland durch zukunftsweisende Entscheidungen voranbringt. Dabei wären zusätzliche Bürokratie und steigende Kosten Gift für die weitere Erholung und die Zukunftsfähigkeit der Wirtschaft.

Die Bedeutung der **Digitalisierung** wird für den Unternehmenserfolg in den nächsten Jahren immer entscheidender werden. Ein massiver Ausbau der digitalen Infrastruktur, verbunden mit einem entsprechenden Aufbau an Expertenwissen und eine verstärkte Förderung des E-Governments sind hier lediglich drei relevante Stichworte.

Diesen **umfassenden technischen Wandel** mit seinen Auswirkungen auf die Arbeitswelt muss auch unsere Industrie weiter bewerkstelligen. Wir begrüßen die Aussage der drei Ampel-Parteien in ihrem Sondierungsergebnis, dass eine historisch gewachsene Sozialpartnerschaft und die darauf

gründende Fähigkeit zum Kompromiss zentrale Voraussetzungen dafür sind, dass dieser Veränderungsprozess gelingen kann.

Ein Beispiel für die **Stärkung der Sozialpartnerschaft** sehen wir darin, dass die zukünftigen Koalitionäre ein Abweichen von bestehenden **Regelungen des Arbeitszeitgesetzes** hinsichtlich der Tageshöchst Arbeitszeit ermöglichen wollen, wenn Tarifverträge oder Betriebsvereinbarungen dies vorsehen.

Eine politisch festgesetzte **Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohns** auf 12 Euro je Stunde ist hingegen ein eklatanter Verstoß gegen die Tarifautonomie und die Soziale Marktwirtschaft insgesamt.

Ein weiteres, bereits schon jetzt massiv prägendes Zukunftsthema ist die **Dekarbonisierung** der Wirtschaft. Hierzu braucht es jedoch nicht allein politische Zielvorgaben wie z. B. durch den Green Deal der EU-Kommission oder das deutsche Klimaschutzgesetz. Vielmehr müssen jetzt dringend ganz konkrete Maßnahmen zur Umsetzung folgen, damit diese sehr ambitionierten Ziele sowohl technologisch als auch wirtschaftlich überhaupt erreicht werden können.

Ohne grundlegende Änderungen bei den Wettbewerbsbedingungen, vor allem im energiepolitischen Bereich, wird dies nicht gelingen. Beispielhaft sei hier allein der **Strompreis** genannt. Mit **rund 22 Cent pro kWh** beim Industriestrompreis belegt Deutschland hier bereits den weltweiten Spitzenplatz unter den Industrienationen. Zum Vergleich: In den USA liegt der Preis derzeit bei **9,4 Cent pro kWh**, in China bei **8,5 Cent pro kWh**. Schon jetzt stellen die Energiekosten einen **erheblichen Wettbewerbsnachteil** dar, der sich durch die zusätzlichen immensen Investitionen noch massiv verschärfen wird. Und die Kosten einer klimaneutralen Wirtschaft werden alle Beteiligten schultern müssen.

Die Ankündigung im Sondierungspapier, die **Finanzierung der EEG-Umlage** über den Strompreis so schnell wie möglich zu beenden, ist erfreulich, bedeutet für viele Unternehmen aber keine Entlastung angesichts immer höherer Preise an der Strombörse. Was Unternehmen jetzt an Umlage sparen, zahlen sie durch die massiv gestiegenen Strompreise wieder drauf.

Die Industrie hat die bestehenden Herausforderungen bereits angenommen. So gab **fast die Hälfte** der Unternehmen im Rahmen unserer Konjunkturumfrage an, bereits in diesem Jahr die **Investitionstätigkeit** zu steigern. Zusätzlich besteht jedoch

auch dringender politischer Handlungsbedarf, um die Existenz erfolgreicher Geschäftsmodelle garantieren zu können.

Wachsende protektionistische Tendenzen und eine wirtschaftliche Blockbildung stellen weiterhin eine Bedrohung für das exportorientierte deutsche Wirtschaftsmodell dar. Gerade eine Industrie wie die unsere, mit einem Exportanteil von **rund 65 Prozent**, wird von einer Abkehr vom Freihandel empfindlich getroffen. Die nächste Bundesregierung muss deshalb die **internationale Handelspolitik** wieder nach oben auf die Agenda der EU setzen.

Zusätzlich verschärft sich der Wettbewerb auf den Weltmärkten dadurch, dass sich bisherige Abnehmerländer fortschreitend zu Produktproduzenten wandeln. Das zeigt das Beispiel China deutlich auf. Im Jahr **2020** lagen die gesamten Einfuhren chemisch-pharmazeutischer Produkte aus China nach Hessen bei einem Wert von **knapp 480 Millionen Euro**. Allein bis August 2021 ist dieser Wert nun bereits auf **knapp 1,1 Milliarde Euro** gestiegen.

Und nicht zuletzt bleibt der **demografische Wandel** ein Schlüsselthema, da die Bewältigung der eben skizzierten Aufgaben essentiell von der Entwicklung innovativer Lösungen und Techniken abhängt. Neben mehr Investitionen in Bildung

gelingt dies jedoch nur mit einem **ausreichenden Angebot an Fachkräften**. Dieses Angebot wird durch den demografischen Wandel aber spürbar zurückgehen. Auch hier kommen deshalb auf die Unternehmen große zusätzliche Anstrengungen bei der Fachkräftegewinnung und der Aus- und Weiterbildung zu. Wir begrüßen es daher, dass die Ampel-Parteien in Ihrem Sondierungsergebnis das duale Ausbildungssystem in Deutschland hervorheben - und das Fachkräfteeinwanderungsgesetz praktikabler ausgestalten wollen.

Gerade in Zeiten von Krisen ist es wichtig, jungen Menschen eine Zukunftsperspektive und die Chance auf einen erfolgreichen Berufseinstieg zu geben. Gut ausgebildete Fachkräfte bilden schließlich das Fundament für unseren wirtschaftlichen Erfolg in der Post-Corona-Zeit. Die Chemie-Sozialpartner in Hessen haben deshalb gemeinsam bereits Anfang des Jahres an alle, die in den Unternehmen Verantwortung tragen, appelliert, das **Ausbildungsplatzangebot im Ausbildungsjahr 2021** auf hohem Niveau zu halten.

Aber Corona ist auch nicht spurlos am Ausbildungsmarkt vorbeigegangen. Auch in unserer Branche wurden im letzten und in diesem Jahr weniger Ausbildungsplätze angeboten. Positiv ist, dass wir Dank der großen Anstrengungen der Unternehmen eine

hohe Besetzungsquote haben und Ausgelernte auch weiterhin übernommen werden. Derzeit befinden sich etwa **4.500** junge Menschen in einer Ausbildung, einem Studium oder in einem Förderprogramm.

Wir haben **neue Angebote für die berufliche Orientierung** geschaffen, damit Schülerinnen und Schüler weiterhin den Weg in die Ausbildung und unsere Betriebe finden. Die Nachwuchskampagne „Elementare Vielfalt“ (www.elementarevielfalt.de) liefert hilfreiche Tools, die zum Beispiel auch im Unterricht eingesetzt werden können.

Mit der prämierten Talentsharing-Plattform „Ausbildungsradar“ (www.ausbildungsradar.de) wurde zudem ein innovatives Angebot in der Nachwuchskräftegewinnung geschaffen. Bewerber, die zunächst eine Absage erhalten haben, kann dadurch doch noch ein Ausbildungsplatzangebot in einem Mitgliedsunternehmen gemacht werden.

Fazit

Die chemisch-pharmazeutische Industrie in Hessen befindet sich nach dem Tiefpunkt in der Corona-Krise im Jahr 2020 weiter auf dem Weg der wirtschaftlichen Erholung.

CHEMIEVERBÄNDE HESSEN

Starke Preisanstiege für Rohstoffe und Energie sowie ausgeprägte Lieferengpässe bei Vorprodukten belasten jedoch das aktuelle Geschäft. Das stellt auch für die Aussichten im nächsten Jahr ein nicht zu unterschätzendes Risiko dar. Die strukturellen Veränderungen des Welthandels setzen die Branche zusätzlich unter Druck.

Gleichzeitig steht die hessische Chemie- und Pharmaindustrie im Bereich der Digitalisierung, des Klimaschutzes und des demografischen Wandels vor immensen Herausforderungen, die von der Industrie bereits angenommen werden. Wir werden sie aber tatsächlich nur meistern können, wenn sie von einer klaren, verlässlichen und wettbewerbserhaltenden politischen Linie flankiert werden! Wir haben deshalb einige wirtschafts- und sozialpolitische **Forderungen an die neue Bundesregierung** formuliert, die Ihnen Herr Disson und Herr Meyer jetzt noch kurz erläutern werden.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!